

11.37

Bundesrat Efgani Dönmez, PMM (Grüne, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Außenminister! Wertes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Außenminister, die Bemühungen Österreichs im UN-Sicherheitsrat in allen Ehren, aber erlauben Sie mir dennoch einige kritische Anmerkungen, denn ich denke, dass positiv geäußerte Kritik auch eine Triebfeder für zukünftige Entwicklungen ist. Ich möchte in meinem kurzen Debattenbeitrag die Beziehungen zum Iran thematisieren.

Die Verhandlungen mit dem Iran sind sicher nicht einfacher geworden, denn nach der offensichtlichen Wahlfälschung Ahmadinejads ist das Regime geschwächt, und die äußerst mutige iranische Protestbewegung hat noch immer nicht aufgegeben. Ob die Reformen oder die Hardliner in diesem Machtkampf langfristig die Oberhand behalten, wird auch sicherheitspolitisch interessant sein.

Ahmadinejad ohne großen Protest als Präsidenten anzuerkennen und sich in den Beziehungen zum Iran nur auf die Atomverhandlungen zu konzentrieren, halte ich für einen Fehler. Leider hat auch Österreich – nicht einmal im viel beschworenen Gleichklang mit den anderen EU-Staaten – bei der Rede Ahmadinejads vor der UN-Generalversammlung keine Haltung bewiesen. Eine Geste der Solidarität für die Reformbewegung wäre das Mindeste gewesen, was Österreich für diese hätte tun können.

Es ist auch eine gewisse Doppelzüngigkeit der österreichischen Politik zu erkennen, wenn auf der einen Seite das Mittragen der UN- und EU-Sanktionen, aber auf der anderen Seite das Bewerben eines Ausbaus der Beziehungen, wie etwa durch den österreichischen Botschafter im Iran, forciert wird.

Die Wirtschaftskammer hält heute in Wien ein sogenanntes Iran-Seminar ab, bei dem Unternehmen offensichtlich erklärt werden soll, wie sie trotz Sanktionen weiterhin hervorragende Geschäfte mit der Diktatur aus Mullahs und den Revolutionsgarden machen können. Der Druck auf das Regime, das weiterhin an seinem Nuklearprogramm arbeitet und die iranische Freiheitsbewegung brutal unterdrückt, wird durch solche Veranstaltungen bewusst zurückgenommen.

Bei diesem Seminar werden auch Vertreter des Wirtschafts-, Finanz- und Außenministeriums österreichischen Firmen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Kontrollbank wird über Absicherung im Handel mit dem Iran informieren. Die Wirtschaftskammer behauptet allen Ernstes, die Veranstaltung solle lediglich sicherstellen, dass Unternehmen die neuen Sanktionen auch einhalten.

Es fragt sich nur, warum laut Seminarprogramm Michael Tockuss, der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Handelskammer, als Abschlussredner auftreten wird. Er ist einer der wichtigsten Lobbyisten gegen Sanktionen und für den weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem iranischen Regime. Und dass sich die Wirtschaftskammer weigert, die Namen der teilnehmenden Firmen zu nennen, wirft auch zahlreiche Fragen auf, ist aber nicht Thema dieses kurzen Debattenbeitrages.

Passend dazu fördert die österreichische Vertretung in Teheran das Iran-Business österreichischer Unternehmen weiterhin. Firmen wie Anton Paar, VADO, Wittmann Battenfeld oder ELIN suchen mit Unterstützung der Botschaft nach Geschäftspartnern im Iran. Der österreichische Botschafter im Iran, Thomas Buchsbaum, hat undementierten iranischen Medienberichten zufolge gerade wieder das Interesse Österreichs an einem **Ausbau** der wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran bekundet.

Ganz in diesem Sinne handelt die OMV, die weiterhin die Maschinen der Iran Air betankt. Während BP und Shell ihre Verträge mit der Fluglinie des Regimes kurzfristig gekündigt haben, springen der Flughafen Wien und das österreichische Vorzeigeunternehmen in die Bresche. Zudem spielt die OMV eine wichtige Rolle bei den Ausnahmeregelungen, die sich die EU bei der Umsetzung ihrer ohnehin unzureichenden Sanktionsbeschlüsse selbst genehmigt, etwa bei der Ausbeutung des Shah-Deniz-Gasfeldes in Aserbaidschan, aus dem die von der OMV maßgeblich betriebene Nabucco-Pipeline gespeist werden soll, an dem aber auch Naftiran, eine Tochterfirma der National Iranian Oil Company, beteiligt ist.

Österreich scheint eine ähnliche Strategie zu verfolgen wie Deutschland: So wenige Sanktionen wie möglich, um die ökonomischen Interessen nicht zu gefährden, aber so viele Sanktionen wie nötig, um nicht ins Schussfeld der Kritik zu geraten und schärfere Maßnahmen gegen das Regime zu verhindern. Diese Politik, sehr geehrter Herr Außenminister, ist meines Erachtens kurzfristig, denn die Gefahren, die vom iranischen Regime ausgehen, werden nicht von selbst verschwinden.

Es wäre auch interessant zu erfahren, sehr geehrter Herr Außenminister, was Österreich im Rahmen seines Mandats im UN-Sicherheitsrat unternommen hat, um die tatsächliche Opposition im Iran zu stärken.

Die Menschenrechtssituation ist dramatisch. Das gestern vollstreckte Todesurteil an Shahla Jahed bestätigt diese tragische Situation.

Da stellt sich die Frage: Welche Schritte wurden während der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat und seitens des Außenministeriums unternommen, um dieses Urteil doch noch abzuwenden?

Ein weiterer Fall ist jener von Sakineh Mohammadi Ashtiani, die auch kurz vor der Vollstreckung der Todesstrafe durch den Strang steht. Welche Schritte werden in diesem Fall unternommen, und ist man bereit, auch mit politischen Konsequenzen, wie etwa dem Abzug des österreichischen Botschafters, zu drohen und diese Rute ins Fenster zu stellen? (*Präsident Preiner gibt das Glockenzeichen.*)

Ich halte es für notwendig, sich ganz strikt gegen diese Politik, die das iranische Regime betreibt, abzugrenzen, denn mit einer Beschwichtigungspolitik gegenüber den Islamisten wird man nichts erreichen, denen muss man sich ganz konkret entgegenstellen.

Ich bin schon am Ende meiner Ausführungen, Herr Präsident. Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass einige Fragen, die ich aufgeworfen habe, hier auch beantwortet werden. – Herzlichen Dank. (*Beifall bei den Grünen.*)

11.43

Präsident Martin Preiner: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Dr. Winzig. Ich erteile es ihr.